

VORFRAGEN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 45

April/Mai 1980

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

BALD URTEIL DES BUNDESARBEITSGERICHTS

WEG MIT DER AUS-SPERRUNG-ABER WIE?

Auf eigene Stärke bauen, nicht auf Staat!



Hunderttausende sind bereit gegen die Aussperrung zu kämpfen. Wird der DGB sie mobilisieren?

Seit Januar führt der DGB unter dem Motto "Die Aussperrung ist unstrittig!" eine bundesweite Kampagne. Sie soll allerdings kurz vor dem erwarteten Urteilspruch des Bundesarbeitsgerichtes zur Aussperrung ausgesetzt werden - man will die Richter nicht beschämen!

Diese Aktion wird es auch höchstens im Streit, aber 622.000 waren von Aussperrungen betroffen!

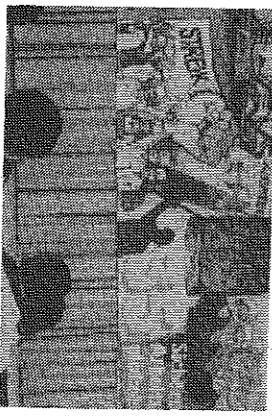
Damit machen die Unternehmer deutlich, daß sie die Gewerkschaften ausbluten und die Streiks mit der Aussperrung unterlaufen wollen. Den Kollegen soll ihr einziges Druckmittel genommen werden, das sie besitzen, um sich gegen die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel, Gewinne und Rationalisierungsinvestitionen zu wehren. Die Aussperrungstaktik hat Tradition und wird seit mehr als 100 Jahren

AUSSCHLUSS FÜR HUCKINGER MANNESMANN-BETRIEBSRAT?

KEIN VERFAHREN GEGEN HERBERT KNAPP!

IGM-Vorstand geht gegen unbehaglichen Kritiker vor

Der IG Metall-Vorstand hat gegen Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Hückingen (ca. 9.000 Beschäftigte), ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet. Wahrscheinliches Ziel: Ausschluss aus der IG Metall, zumindest Funktionsverbot für den Kollegen Knapp. Damit soll ein engagierter und profiliertester Kritiker an der Politik der IG Metall-Zentrale zum Schweigen gebracht werden. - Westhalb Herbert Knapp? Westhalb kann sie keine Kritik vertragen? Was sind die Hintergründe für diese Affäre?



Anschließend: Versuche der IGM-Spitze, dieses Ergebnis als "historischen Erfolg" an die Mitgliedschaft zu verkaufen.

Einer der profiliertesten Kritiker damals (wie seit langem schon und auch heute noch): Herbert Knapp, seit 33 Jahren IGM-Mitglied, seit 15 Jahren Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der IGM-Ortsverwaltung und der Großen Tarifkommission.

Herbert Knapp: in den Gewerkschaften hat sein Name seit Jahren un-ter engagierten und kritischen Kollegen einen guten Klang. Warum? - Weil er an der Spitze einer Belegschaft steht, die als eine der kampfstärksten bundesweit eine politische und gewerkschaftliche Ausstrahlung besitzt.

DIE HINTERGRÜNDE

Mehr als ein Jahr ist seit dem Stahlarbeiterstreik von 1978/79 vergangen:

Offizielles Kampziel: Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Ergebnis: Tarifvertragliche Festschreibung der 40-Stunden-Woche für 5 Jahre (1) bei leichten Verbesserungen in der Lohnstrategie.

»FAIRNESS« IM WAHLKAMPF



"Fairer" Wahlkampf: gegen Strauß?

Hört sich an wie eine gute Idee. Damit im Wahlkampf nicht zu hart aufeinander eingeschlagen wird, soll eine Schiedskommission gebildet werden. Je ein Vertreter von CDU, CSU, FDP und SPD und ein ehemaliger Militär-bischof sollen in ihr sein. Sie darf mit einfacher Mehrheit "unfairer" Wahlkampfteil öffentlich verurteilen.

Man muß ja zugeben: Demokratie und Strauß in einem Atemzug zu nennen, wäre allerdings auch unfair, denn den Freund aller Pinochetmörderbanden und Schahblutthunde mit diesem Wort in Verbindung zu bringen, würde seinen Namen in diesen Kreisen auf ewig

für zwei Christliche wäre er unchristlich, für einen Liberalen - unliberal und ein Bischof gäbe seinen Segen dazu.

Dieter Affel, IGM- und SPD-Mitglied, Hamburg

GEHT DGB-SPITZE NACH RECHTS?

Der Versuch, den Kollegen Knapp aus der IG Metall auszuschließen, ist kein Einzelfall. Er ist nur die Spitze eines Eisbergs.

Späterstens seit sich im Herbst letzten Jahres der DGB-Vorsitzende Vetter mit F.J. Strauß traf, und mit ihm ein Stühlerabkommen abschloß, steuert der DGB-Apparat verschärft auf einem Rechtskurs. Dieser neue Kurs ist in fast allen Einzelgewerkschaften zu spüren. Überall werden kritische Kollegen diszipliniert. Unbehagliche Funktionen streben unter Anpassungsdruck. Auf der anderen Seite bildet sich jedoch Widerstand.

Vor allem die Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften sollen an die Kandare genommen werden: "Straßerversetzung" des DGB-Jugendfunktionärs Hawreluk; Zensur einer Broschüre der DGB-Jugend zum Antikriegstag durch den DGB-Vorstand; Auflösung und Entlassung der alten Redaktion des DGB-Jugendmagazins "ran" (samt dem folgenden - bisher vergeblichen - Bemühen, einen CDU-Mann für die neue Redaktion zu finden); die Konflikte um die Oberurseler Bundesjugendschule

- dies alles ist kein Zufall und muß in einem einzigen Zusammenhang gesehen werden. Das Stühlerabkommen zwischen Vetter und Strauß wird angewendet: Eine Ange-stellte beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden in Frankfurt wurde fristlos entlassen, weil sie sich weigerte, einen Anti-Strauß-Aufkleber von ihrem Kartenlocher zu entfernen.

In der IG Chemie versucht der Hauptvorstand (genannt "Rat der Götter"), seine Macht gegenüber der Mitgliedschaft zur Allmacht auszubauen und alle kritischen Kräfte auszuschalten.

"Es weht ein scharfer Wind", sagte uns ein aktiver und linker IGM-Funktionär. "Überall ist er

ARTIKEL ÜBER

- Tarifrunde..... 5,2
 - Hintergründe zum Fall Knapp..... 5,243
 - 60 Jahre Kapp-Putsch..... 5,445
 - Fürkauf am Scheideweg..... 5,6
 - Große Wölfe..... 5,7
 - Mikroprozessoren..... 5,8
- Rainer Diefse
Goldbekufer 36
2000 Hamburg 60

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Fdaken und Gewerkschaften.
 Erscheint seit Dezember 1973.
 Abopfeil 7,- DM, 6 Ausgaben
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hammelbergerstr. 75, 5630 Remscheid
 Bankverbindung: Postfachamt Essen, H.-G.-Öhring, Konto Nr. 170 20-433
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öhring
 Druck: Gegendruck, Essen

DER KOMMENTAR

Tarifrunde

Jedes Jahr während der Tarifrunden tischen uns die bürgerlichen Zeitungen ihre Krisenanalysen auf. Die Aussagen sind immer dieselben: zu hohe Lohnforderungen würden nicht in die wirtschaftspolitische Landschaft passen und nur den Wohlstand der Bevölkerung gefährden. Man versteht gerne auf die "Lohn-Preis-Spirale" und tut im allgemeinen so, als ob die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen über das Schicksal der Wirtschaft entscheiden könnten.

Doch ein etwas genauere Blick entzerrt dieses von Unternehmern und Presse so gern gezeichnete Bild. Es sind nicht die Arbeiter, die das Sagen haben, sondern die 100 größten deutschen Industriekonzerne, die über 50% des gesamten Industrieumsatzes vertigen. Nur 500 Familien aus der Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbranche kontrollieren und bestimmen direkt das Einkommen von über 3 Millionen Menschen. Es ist die Mehrheit der Bevölkerung, die unter der Profitwirtschaft zu leiden hat. Millionen sollen zurückstecken, Einbußen im Lebensstandard hinnehmen, damit einige wenige Millionäre ihre Profitspanne halten können.

Für alle wird das Leben zunehmend härter. Mieten steigen, wie auch die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel, Strom wird teurer, der Endverbraucherpreis von Gas klettert demnächst um mindestens 33% in die Höhe - von Öl- und Benzinpreisen ganz zu schweigen. Die Rentenerträge bleiben ungeklärt, das Gesundheitswesen hält sich noch vor einer Kostenexplosion zurück. Der Abbau der Ertrügenschaften und Sozialleistungen schleicht sich hartnäckig heran.

Die Unternehmer schaffen die Existenzgrundlage vieler Familien durch Rationalisierungsinvestitionen ab: Die Erweiterungsinvestitionen verringerten sich von 55% im Jahre 1970 auf 17% (1978). Ersatzinvestitionen stiegen dagegen von 11% (1970) auf 36% (1978). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Rationalisierungsinvestitionen von 34% auf 47%! Um Waren und Leistungen im Werte von 1 Mio. DM (zu heutigen Preisen) zu produzieren, waren 1952 noch 65 Arbeitkräfte notwendig, 1964 waren es 36 und 1976 nur noch 23!

Der Reallohnabbau schreitet voran. Immer mehr Arbeitnehmer geraten in die Steuerprogression (1976 noch 34%, 1979 schon 53%). Von 100 DM Gehaltserhöhung sind einem ledigen Arbeitnehmer nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben 1967 noch 78 DM geblieben; 1979 waren es nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler nur noch 47 DM!

Dies sind Zustände, die jeden Appell an die Gewerkschaftsführer zur "Mäßigung" zunichte machen sollten. Verantwortung im Sinne der Gewerkschaftsmitglieder und der gesamten Arbeiterbewegung muß dann heißen: Den Lebensstandard verteidigen und angemessen anheben! In den Tarifverhandlungen wird ohnehin nur der tarifliche Ecklohn zur Grundlage gemacht und so ist es gerechtfertigt, wenn in manchen Betrieben Forderungen von bis zu 20% und Sockelbeträge von 200 DM und mehr zustande kommen. In den Vorverhandlungen der Tarifkommissionen wurden diesen Forderungen dann allerdings die Flügel gestutzt...

Kollege Loderer von der IG Metall fühlte sich durch die Entschlossenheit der Unternehmer im Metallbereich gar nicht zum Kampf herausgefordert. Über den Abschluß von 6,8% meinte er: "Mehr wären vielleicht besser gewesen. Aber angesichts dieses starren Widerstandes der Arbeitgeber ist dies ein guter Kompromiß, mit dem wir leben können" (Betonung v. d. Red.). Wenn die Gewerkschaften nicht "Selbsthilfe und Kampforganisations" - so Vetter - darstellen, wozu dann Gewerkschaften? Mit Engen Loderers Einstellung ist es nicht verwunderlich, wenn die in vielen Betrieben geforderte stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nur in der äufßerst unzulänglichen Form einer einmaligen Sonderzahlung verwirklicht werden konnte. Lohnträgen sind Machtfragen. Der DGB könnte die stärkste gesellschaftliche Kraft sein - wenn sie genutzt würde. Wer aber von vornherein von der Entschlossenheit der Arbeitgeber so beeindruckt ist, der wird sich immer wieder auf solche Kompromisse einlassen müssen. Dann wirkt es aber makaber, wenn einen Tag nach Bekanntgabe der Metallergebnisse der Aufmacher-Artikel in der Metall-Zeitung von mächtigen Generalstreik gegen den Kapp-Putsch von 60 Jahren - "Sieg der Solidarität!" - erzählt.

Der Metallabschluss wird hingegenommen werden, doch nicht ohne Protest. So lehnte die Tarifkommission für Hessen Ende Februar den Kompromiß mit der richtigen Begründung ab, daß dauerhafte Verbesserungen für die unteren Lohngruppen nicht verwirklicht worden sind. Die IGM-Spitze dazu: Die Entscheidung der Tarifkommission habe nur empfehlenden Charakter. Der Vorstand habe sich bereits für die Annahme des Tarifergebnisses verpflichtet. Das Ergebnis war angenommen, obwohl die vor Ort arbeitenden Kollegen ihre Tarifkommission zur Ablehnung des Ergebnisses bewegen.

Die Mißachtung des IGM-Vorstandes gegenüber einer Mehrheitsentscheidung darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Vorstandskollegen sollten den Willen der Basis ausführen und zur Solidarität mit Mehrheitsentscheidungen aufrufen. Aber unsere Spitzentrunktionäre scheinen nicht viel von diesem Auftrag zu halten! Es wird höchste Zeit, die Satzung der IGM zu überprüfen, wenn sie so ein undemokratisches Vorgehen zuläßt.

Nur wenn in unseren Reihen Einigkeit über das Tariziel besteht, können wir unsere volle Kraft bei Tarifverhandlungen in die Waagschale werfen. Das sehr befremdende Verhalten des Vorstandes darf sich nicht mehr wiederholen. Der Abschluß in der Metallindustrie darf kein Signal für weitere Tarifrunden sein!

Nur Entschlossenheit auf unserer Seite kann Aussicht auf Erfolg haben. Hatenerbeiter, Stahlarbeiter und Drucker haben unlängst bewiesen, was für eine Kampfkraft in den Gewerkschaften schlummert. Davor haben die Arbeitgeber Angst. Darauf müssen die Gewerkschaften aufbauen. In der Krise muß man sich entscheiden: der Großunternehmer - oder die wahren Interessen der Lohnabhängigen.

Die 76 Mio. Gewerkschaftsmitglieder erwarten konsequentes Handeln seitens ihrer Führer: seit 1970 gibt es einen Geldwertschwund von 38%! Unsere Vertreter in den Tarifkommissionen sollen wissen, daß unser Lebensstandard auf dem Spiel steht. Die Kollegen haben schon lange genug gewartet und geduldet. Jetzt kommt es auf tatkräftige Gewerkschaften und auf die breite Mobilisierung der Kollegen für erfolgreiche Abschlüsse an! Gegen den weiteren Angriff auf den Lebensstandard! Für den Sieg der Solidarität!

IGM-Satzung ist undemokratisch

Die Satzung der IG Metall ist un-demokratisch. Man könnte sie fast in zwei Sätzen zusammenfassen: 1. Die Basis hat fast keine Rechte. 2. Der Vorstand bestimmt über alles. Dies trifft auch auf den §11 der IGM-Satzung zu: Hier sind die Richtlinien festgelegt, welche "Untersuchungs-Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten" betreffen.

Einige Kernpunkte:
 * Während des Untersuchungsverfahrens haben die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen. Ein in der Öffentlichkeit beschuldigtes Mitglied (wie z.B. Herbert Knapp), darf sich also nicht auch öffentlich verteidigen. Andernfalls kann es sofort und ohne Verfahren ausgeschlossen werden.

* Die Untersuchungs-Kommission ist so zusammengesetzt, daß kaum die Gefahr besteht, daß sie mehrheitlich eine Empfehlung gegen den Vorstandswillen aussprechen wird. Laut Satzung wird der Vorsitzende vom Vorstand benannt, und je zwei Beisitzer von den beiden Parteien (Antragsteller und Beschuldigter). Da im Fall Knapp der Vorstand Antragsteller ist, steht es also schon von vornherein 3:2 für ihn.

* Der Vorstand entscheidet, welche Maßnahmen gegen das angeschuldigte Mitglied getroffen werden. Die Fortsetzung von Seite 1

* Hunderte von Kollegen setzten beim Stahlstreik 1978/79 die Große Tarifkommission der IGM unter Druck, indem sie vor und in deren Tagungssaal in Mülheim für die Aufrechterhaltung ihrer Forderungen demonstrieren.

* Nach dem entsetzenden Stahlgerbenis - von vielen Streikenden öffentlich als "Verrat" tituliert - forderten Vertrauenskörper mehrerer Großbetriebe Konsequenzen und sprachen führenden Funktionen wie Herb, Loderer, Janßen und Mayr das Mißtrauen aus.

Die Gewerkschaftsführer wissen: diese Tendenzen werden zunehmen. Die Basis in den Betrieben wird nicht eingestillhalten. Viele Kollegen lassen sich nicht mehr alles gefallen, was sie in den blühenden Aufschwungsjahren noch hinnahmen.

Die Geldsammlungen für VORAN sind auch in den letzten beiden Monaten weitergegangen. Unsere Leser und Anhänger lieben uns nicht im Stich: 1.430,76 DM - das ist die Summe des Spendenaukommens für die Monate Februar und März. Vielen Dank!

Trotzdem - zur Ruhe setzen können wir uns nicht. Unsere Arbeit muß weitergehen. Dafür brauchen wir auch in Zukunft Geld. Zumal die Spenden der letzten beiden Monate bereits wieder ausgegeben sind:

- * Auch uns hat die Verdoppelung des Heizölpreises hart getroffen: mehr als 700 DM mußten wir kürzlich für einen 1000-l-Tr.-Tank bleichen.
- * Zwei Monatsmieten à 220 DM für unsere Redaktionsräume waren fällig.
- * Büromaterialien im Wert von rund 300 DM mußten ersetzt und neu eingekauft werden (wobei wir uns hier für die Hilfe eines Lesers aus Remscheid bedanken, der uns die Sachen über den Großhandel besorgte - ansonsten hätten wir gut und gerne das Doppelte ausgegeben müssen!)

Ihr seht also: Wir sind auf das Geld unserer Leser, auf Eure Spenden angewiesen. VORAN konnte bisher nur erscheinen, weil ihr uns geholfen habt. VORAN wird auch in Zukunft nur erscheinen können, wenn ihr uns weiterhin helft.

Wir brauchen Geld. Wir brauchen es sofort! Denn wir haben noch Schulden: 1.200 DM fehlen uns noch. Dann haben wir den neuen Schreibautomaten abge-

Unternehmenskommission empfiehlt nämlich nur irgendwelche Disziplinarmaßnahmen. Selbst wenn sie "Einstellung des Verfahrens" empfiehlt, kann der Vorstand "Ausschluß des angeschuldigten" beschließen.

* Gegen den Vorstandsbeschluß kann Beschwerde eingelegt werden: zunächst beim Kontrollausschuß, danach beim Beirat. Die Möglichkeit, den Gewerkschaftstag (das laut Satzung "höchste Organ" der IGM) über einen Ausschluß beschließen zu lassen, oder gar die Basis nach ihrer Meinung zu betragen, besteht nicht.

Ist also der Ausschluß Herbert Knapps eine schon längst beschlossene Sache? Es scheint so. Wenigstens, wenn es nach dem Willen des Vorstands geht. Gibt es keine Möglichkeit, diese Maßnahme zu verhindern? Doch! Wenn die Belegschaft geschlossen hinter Herbert Knapp steht (was zweifellos der Fall ist), und wenn bundesweit möglichst viele Gewerkschafter ihre Solidarität mit ihm zeigen und ihrem Protest gegen das Vorgehen des Vorstands Ausdruck verleihen - dann wird ein gewisser Druck auf den Vorstand ausgeübt. Es könnte ausreichen, um diesen zu zwingen, von seinen Maßnahmen abzusehen...

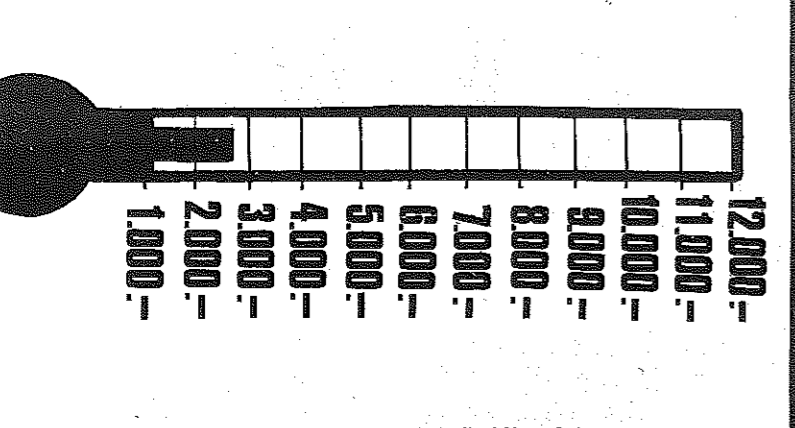
Theoretisch ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß Herbert Knapp per Vorstandsbeschluß aus der IGM ausgeschlossen wird, obwohl 9.000 Beleg-

Deshalb versuchen sie (nach der "Rädelstütherrtheorie"), einzelne, bekannte und profilierte Köpfe herauszugreifen und abzuschlagen. Auf Dauer werden sie damit jedoch keinen Erfolg haben. Mit solchen Maßnahmen können sie nicht die tiefliegende Unzufriedenheit an der Gewerkschaftsbasis besitzigen, die einzelne Kritiker nur zum Ausdruck bringen.

Trotzdem ist natürlich jeder Gewerkschafter aufgerufen, solchen bürokratischen Maßnahmen gegen einzelne Kollegen Widerstand entgegenzusetzen. Außerdem kommt es darauf an, daß alle linken und kritischen Gewerkschafter aus dem gesamten DGB sich enger zusammenschließen, um die allgemeine politische Rechtswendung des Apparates abzuwehren.

Von einem IG Metall Mitglied

►►► Hompffonds



SPENDENKONTO:
 Angela Bankert,
 Pechla, Essen
 2422 50-432

gären, ändern und ergänzen von Voren - das alles geht in einem einzigen Akt und wird gleichzeitig auf einer gneplatte abgespeichert. Und man einen gespeicherten Text in andern Spaltenbreite oder Schrift braucht: ein paar Knöpfe drückt eventuell den Schreibarm wechseln schon wird alles automatisch erledigt.

Die gleiche Technik - nur in größerem Maßstab! - werden die talisten in den nächsten 10 Jahren setzen, um 5 Millionen "überflüssigen" Arbeitskräfte im Büro- und Dienstleistungsbereich abzubauen. Die müssen an den neuen Geräten in verstärktem Druck, vergrößerter und gesteigertem Ruin für ihre Gesundheit weiterschreiben. Das ist die des kapitalistischen Profitystems.

In einer sozialistischen, gewerkschaftlichen Arbeiterkontrolle und -ve-

Wirtschaftsordnung, die unter dem tung steht, gäbe es diese Folgen: Wenn sie mittels neuer Technologie rationalisiert, würde die Arbeit, die weniger geworden ist, einfach auf Arbeitnehmer gleichmäßig verteilt. Dann springt für jeden eine Arbeitszeitverkürzung "taus - bei vollem und ohne Streik!

VORAN kämpft für eine sozialistische Demokratie.
 * Deshalb: investiert Euer Geld VORAN!

schaftsmitglieder durch ihre schritt ermunternd und unmissverständlich zum Ausdruck bringen, daß sie einer solchen Entscheidung nicht verstanden sind. Ist dies etwamokratisch?!

Der Fall Knapp zeigt wieder e Es ist dringend notwendig, die IGM - wie auch die anderen DGB - werkschaften zu demokratisieren. derentails können sie ihre Arbeit nicht erfüllen: Kampfinstrumente Arbeiter gegen die kapitalistische Beurteilung zu sein.

IG Metall Satzung

Die Satzung muß geändert werden. Nach dem Stahlstreik haben viele Klagen bereits verschiedene Klausuren Frage gestellt; so z.B.:

- * die erforderliche Mehrheit vor bei Urabstimmungen, die es einer derheit von 25,1% gestattet, ein reichendes Ergebnis für anzunehmen.
- * die Tatsache, daß die hauptamtlichen Bezirksleiter vom Vorstand in Funktion eingesetzt werden und an Weisungen gebunden sind, anstatt sie von den Mitgliedern in Funktion gewählt werden (mit jederzeitigen Möglichkeiten eine Wahl).
- * die alleinige Entscheidungsgehalt Vorstands über Streik und Ann von Verhandlungsergebnissen, gegen den Willen großer Mehrheit bei Urabstimmungen.

Die Mitgliederbasis der IGM m wesentlichen Entscheidungen treffen können. Bei Untersuchung fahren wegen "gewerkschaftsschäd dem Verhalten" müssen die Mitg voll und ganz über die Beschuldig informiert werden. Der Besch muß die Möglichkeit haben, sich örtigen, gegen alle Anschuldigungen zu verteidigen. Keine Schweigepflicht für schuldig! Keine Geheimverhandl hinter verschlossenen Türen! gliederöffentlichkeit bei Verhandlungen und Sitzungen!

Gültig ab 1. Januar 1978
 (Einzelnheft Bestellungen siehe Seite 11, 1989)

Was wollen die Mannesmänner?

Der Vorstand der IGM geht unserer Meinung nach nur deshalb gegen Herbert vor, weil er als Kritiker bekannt ist. Seine angeblichen Äußerungen sind nur ein Vorwand..."

In der Tat: der IGM-Gewerkschaftstag steht bevor (September 1980). Der IGM-Vorstand sieht sich anscheinend durch einige aus Duisburg kommende "heiße" Anträge bedroht, die in der Tendenz bereits in einer einstimmig beschlossenen Resolution des 420köpfigen Verträuenskörpers vom 15.02.1979 angeklügelt wurden:

- *1. KONSEQUENZEN FÜR DIE TARIFKOMMISSION:
- Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung/ Anteil der hauptamtlichen Funktionäre/ Art der delegierenden Be-treuer)
- Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission
- Öffentlichkeit für IGM-Mitglieder
- Namentliche Abstimmung
- Gebundene Mandat
- *2. SATZUNGSÄNDERUNG:
- Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmung
- Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat*

Anträge, die in diese Richtung stoßen, würden dem Vorstand gar nicht schmecken. Andererseits ist der Unmut an der Gewerkschaftsbasis über die "abgehobenen Funktionäre" ein fruchtbarer Boden für solche Forderungen, um die sich eine innergewerkschaftliche Oppositionsströmung herauskristalisieren könnte.

Daraufhin angesprochen, meinen die Kollegen: "Wir sind keine Oppositionsfraktion. Allerdings verstehen wir uns als sehr kritische Gewerkschafter. Kritik muß doch wohl noch erlaubt sein..."

Sie erläutern, was mit ihrer oben zitierten Resolution gemeint ist:

"Betrachten wir uns mal die Tarifkommission bei unserem Streik. Da sitzen zuerst mal ca. 30 hauptamtliche Funktionäre drin. Und dann haben mehrere Betriebe aus der Stahlbranche je 1-2 Vertreter drin: Eine Glockengießerei mit 'n paar Dutzend Leuten genau wie wir Mannesmänner mit fast 10.000. So kommt es, daß die Großbetriebe mit 120.000 Beschäftigten (von damals rund 200.000 in der ganzen Branche) nur 17 Vertreter in dem 120köpfigen Gremium stellen. Und das soll repräsentativ sein?"

"Protokollpflicht, namentliche Abstimmung, gebundenes Mandat und Öffentlichkeit der Sitzung für IGM-Mitglieder ist genauso wichtig. Wir müssen kontrollieren können, was da vor sich geht. Sonst erzählen die uns einen Wolf für ein Pferd... Da gibt's platt einige, die überhaupt hinterher in ihren Betrieben, sie hatten in der Tarifkommission bis zum Geh't-nicht-mehr opponiert, aber die anderen hätten halt leider die Mehrheit gehabt. Was ihr was? In Wirklichkeit haben sie die Schnauze nicht einen Millimeter aufgetriggt..."

"Wir bezahlen die Leute, wir wählen sie in ihre Funktionen (wenigstens zum Teil) - aber zuzuhören, was die dann betonen, angeblich als unsere Vertreter und in unserem Auftrag, das dürfen wir

nicht. Dann herrscht plötzlich Geheimdiplomatie..."

"Nach dem Streik haben wir ja auch personelle Konsequenzen gefordert. In der Öffentlichkeit ist dies dann verkürzt als 'Herb muß weg!' wiedergegeben worden. Aber nur einen Kopf auszuwechseln, das ändert nichts. Das ganze System, wie die Bezirksleiter in Ihre Positionen reinkommen, das muß geändert werden. Bisher wurden sie vom Hauptvorstand in Frankfurt ausgesucht und in den Bezirken eingesetzt. Außerdem sind sie an die Anweisungen aus Frankfurt gebunden. Wir meinen: die Mitglieder in den Bezirken müssen die Leute wählen. Und sie müssen an die Weisungen der Mitglieder gebunden sein! Wenn sie nicht mehr unser Vertrauen haben, dann muß die Möglichkeit bestehen, daß wir sie wieder abwählen können..."



Herbert Knapp (mit Helm) diskutiert während des Stahlstreiks mit Kollegen am Werkstor

fährtens, und es ist geschickt gemacht." Wie verhalten sich die DKP-Leute im Betrieb?

"Unterschieden haben die auch für den Herbert. Aber aktiv tun die nichts gegen den drohenden Ausschluß. Die fühlen sich ziemlich unwohl in ihrer Haut: einerseits können sie dem Herbert nicht die Solidarität verweigern, andererseits wollen sie um jeden Preis Konflikte mit dem Vorstand vermeiden." (Die meisten der Huckinger Betriebsräte haben ein SPD-Mitgliedsbuch in der Tasche, d.Red.)

Der Apparat ist stark. Seine Verstärkungen reichen in alle Betriebe hinein. Die Stimmungsmache ebenfalls. Dies wurde auch im Rahmen der Renscheld-Veranstaltung deutlich. Nach Veranstaltung wurde berichtet ein anwesender Kollege aus dem Renschelder Mannesmann-Röhrenwerk:

"Ich habe im Betrieb rumgefragt, ob noch Leute mitkommen wollen zur heutigen Veranstaltung. Da hat mein Vertrauensmann gesagt: 'Bleib weg, da, daß die Finger davon! Ich würde da nicht hingehen. Der Knapp, der soll ja ein Dieb sein.' So wird da Stimmung gemacht. Eine richtige Hetze ist das. Ich glaube davon nichts, aber bei vielen Kollegen wirkt dies. Auf Rückfragen wußte mein Vertrauensmann auch nichts genaueres zu sagen. Er konnte nur Gerüchte murmeln..."

Die Frage stellt sich: Wer steckt hinter dieser Gerüchtrküche? Wer setzt diese Behauptungen in die Welt? Wem nützen solche Methoden?

der französischen Stahlarbeiter auf Paris) haben die Mannesmänner ebenfalls durch eine starke Delegation unterstützt. Für den kürzlich beendeten britischen Stahlarbeiterstreik haben sie 9.000,- DM Gesamtheit und dieses Geld mittels einer Delegation persönlich den Streikenden überreicht.

Die Mannesmann-Betriebsräte haben sich mit dieser konsequenten Politik nicht nur Freunde, sondern natürlich auch Feinde geschaffen. Vor allem ihre offene Stellungnahme gegen die Sozialpartnerschafts-Duselei - ihr Auftreten gegen die Konzentrierte Aktion

- ihre weitreichenden tarifpolitischen Forderungen
- ihre ständige Kritik an den unzureichenden Tarifabschlüssen
- haben ihnen ständig Schwierigkeiten mit dem "Apparat" bereitet. Weil sie jedoch versuchten,
- stets die Belegschaft über alle Vorgänge informiert zu halten
- stets offen und empfänglich für Kritik und Diskussionen aus den Reihen der Belegschaft zu sein
- stets Kritik auch konsequent nach oben weiterzutragen und zu vertreten besitzen sie eine gute Verankerung in der Belegschaft. Dies drückt sich auch in einem persönlichen Stimmenergebnis von 63% für Herbert Knapp (bei den letzten Betriebsratswahlen) aus. Und darin, daß die überwältigende Mehrheit der 9.000köpfigen Belegschaft sich in

Fortsetzung von Seite 1

Kein Verfahren gegen Herbert Knapp!

lege die Stimmung zusammen.

Ein anderer ergänzt: "Wir Mannesmänner standen ja in vorderster Front - zuerst beim Streik selbst und später auch als wir die Streikführung und das Verhandlungsergebnis kritisieren... Weil die Gewerkschaftsspitze keine handfesten Ergebnisse vorweisen kann, muß sie auf dem Gewerkschaftstag mit Konsequenzen rechnen. Um dem

Der Kollege Knapp hat diese Aussagen als Beauftragter seinem Betriebsrat und der Vertrauenskörpersetzung angenommen. Diese haben gar den Auftrag auf den Weg: auch unsere Stimmung und unser voll und ganz wieder, Herbert Knapp kein Blatt vor den Mund! Wir hinter Dir!", wie sich ein Betriebskollege erinnert.

"Wer den Herbert aus der IGM rauschmeißen will, der muß die ganze Huckinger Belegschaft einschmelzen, wenn er konsequent denken nämlich genauso wie der Herbert", meinte er. "Der Herbert der Prügelknabe. Die hauen auf um uns alle zu treffen!"

Der ganze Betriebsrat, der Vertrauenskörper und die Belegschaft alle stehen wie ein Mann hinter ihm!"

"Wir haben schon 3 Briefe an Frankfurt geschrieben, um deren Meinung mitzuteilen. Interessierte da oben aber gar nicht..."

Shingemässer Inhalt des ersten Briefs: Die Kollegen beschwerten darüber, daß sie von dem Verfahren Herbert Knapp aus der Zeitung erfahren müssen und fordern, daß über die gegen ihn gerichteten Briefe - Zweiter Brief: Die Kollegen lie sich hinter Knapps Ulmer Äußerungen und stellen fest, daß die gegen Knapp alle Mannesmänner sind. Sie fordern Einstellung des Verfahrens und bieten dem Vorstand spräche an, um Unstimmigkeiten zu klären. - Ein weiterer Brief nochmals die Einstellung aller Briefe gegen Knapp.

Diese Briefe wurden alle mit von der Vertrauenskörpersetzung beschlossen. Obwohl der erstere schon Ende Januar rausging, hat bis heute keine Antwort gekriegt.

ERFOLGREICHE UNTERSCHRIFTENAKTION

"Im Betrieb ist jetzt eine I-stimmung. Wir sammeln Unterschriften auf rotem Papier, damit die wisst, wir stehen!"

(Inzwischen wurden diese roten - Unterschriftenlisten wie Kassette - von der IGM-Ortsverwaltung versucht, unsere Unterschriftung massiv zu behindern. Jetzt schreiben die erst recht! Wir sogar aus den Reihen der Belegschaft kritisiert, weil wir nicht schon vorher eine Unterschriftenaktion gehabt hätten. Jeder Kollege ist bemüht Unterschrift zu leisten. Die So ist einmalig!")

SOLIDARITÄT MIT HERBERT KNAPP

Es kommt darauf an, daß auftretenden Gewerkschafter und sten aktiv mit Herbert Knapp stehen.
Denn die Mannesmänner nicht nur aus den Vorständen der IGM Druck. Auf der anderen Seite gleichzeitig eine Offensive in der schäftsleitung begonnen. Seit Wochen schlägt sie gegenüber Betriebsrat und Vertrauenskörper einen Gangart ein. Ob dies Zufall oder spreche ist, das sei im Augenblick hingestellt...
Jedenfalls braucht die mann-Belegschaft weiterhin triebkräfte, die sich kompromittieren lassen. Die sich kompromittieren lassen. Die sich kompromittieren lassen. Die sich kompromittieren lassen.

*Solidarisiert Euch mit Knapp! Schickt Solidaritätsbriefe und -briefe an: "Peter H. Knapp, Trierer Str. 56, 4100 Duisburg".

*Protestiert bei der IGM-Zentrale Frankfurt/Main gegen das Verfahren! Fordert die Einstellung aller Maßnahmen von Herbert Knapp. Schickt Solidaritätsbriefe an: "Peter H. Knapp, Trierer Str. 56, 4100 Duisburg".

Schmutzkampagne und Lügenpropaganda

Auf einer öffentlichen Veranstaltung der Renschelder Jungsozialisten nahmen vier Betriebsratskollegen von Herbert Knapp zu den Hintergründen des Untersuchungsverfahrens Stellung.

"Greift Ihr mit Euren öffentlichen Äußerungen zum Fall Knapp nicht in ein schwebendes Verfahren ein, sätzungswidrig?", war eine der Fragen. Die Antwort: "Wir können gar nicht in das Verfahren selbst eingreifen, weil wir darüber gar nicht informiert sind. Wir kriegen gar keine Auskunft über das, was unserem Kollegen Herbert Knapp vorgeworfen wird. Wir sind nur als gewerkschaftliche Verbände zur Last gelegt. Obwohl wir darüber schon in drei Briefen an die IGM-Spitze in Frankfurt Auskunft verlangt haben. Wir kriegen nur die ungläublichsten Gerüchte zu Ohren..."

Welche Unterstützung kriegen sie bisher aus anderen Betrieben?
"Das ist schwer zu sagen. Die ganze Sache läuft ja erst an. Wir sind für jede Hilfe dankbar. Einige Kontakte zu benachbarten Großbetrieben haben wir

schon. Aber von oben werden uns natürlich dauernd Knüppel zwischen die Beine geworfen..."

Zum Beispiel?
"Es läuft eine richtiggehende Filisterpropaganda und Stimmungsmache gegen uns. Das geht über den Funktionärsapparat, überregional. Richtig mies, seit Monaten schon... Man schmeißt mit Dreck und Lügen gegen uns, weil die sachlichen Argumente ausgegangen sind. Nach dem Motto: 'Etwas wird schon hängen bleiben!'"

Und die Kampagne wirkt. Die "Hückinger" wissen ein Lied davon zu singen. Wenn sie in Nachbarbetrieben um Solidarität bitten, begegnen man ihnen mit Mißtrauen, das nur schwer abgebaut werden kann.
"Daran ist der bewußt ausgestreute Streikbruch-Vorwurf schuld, der in der Öffentlichkeit immer noch nicht vom Tisch ist. Obwohl er bei einem Getreter inoffiziell zurückgenommen wurde... Jedenfalls war es die psychologische Vorbereitung des jetzigen Ver-

wärtige Kampagne "Satzungsgemässen Beitrag zahlen!"

* Nach dem enttäuschenden Streikergebnis gab es nur 3 Gewerkschaftsausritte (wovon 2 zwischenzeitlich wieder eingetreten sind). Im Gegensatz dazu haben damals bei Krupp-Rheinhausen und Thyssen-Duisburg jeweils mehrere Hundert Kollegen die Mitgliedsbücher hingeschmissen.

Diese starke Position der IG Metall im Betrieb ist nicht zuletzt der Person Herbert Knapps samt seiner Betriebsratsmannschaft zu verdanken. Sie wurde nur erreicht, weil Herbert Knapp und seine Leute ihre Aufgabe als eine politische betrachten:
"Unsere gewerkschaftspolitische Aufgabe endet für uns nicht am Werkstor, nicht mal an den Landesgrenzen. Seit vielen Jahren haben wir aktiv mitgemacht, bei der Ostermarschbewegung, gegen die Norstrandsgesetze, in der

Vorbildliche Gewerkschaftsarbeit

Die Mannesmann-Betriebsräte von Duisburg-Hückingen, die jetzt in der Schulnlne des IGM-Vorstandes stehen, gehören nicht nur zu den schärfsten Kritikern der offiziellen Gewerkschaftspolitik. Sie sind gleichzeitig auch loyale Gewerkschafter. Unter der Führung Herbert Knapps haben sie eine vorbildliche Arbeit geleistet:

- * 99,8% aller Arbeiter bei Mannesmann-Hückingen sind in der IGM organisiert.
- * Von den Angestellten sind 93% in der IGM organisiert.
- * Mannesmann-Hückingen ist der einzige Großbetrieb weit und breit, in dem es neben der IGM keine "gelben" Spalterorganisationen wie CMV und DAG gibt (auch keine RGO)

Mit mehr als 19 DM monatlichem Durchschnittsbeitrag für die IGM bei den Arbeitern und 21 DM bei den Angestellten liegt der Betrieb mit an-

Aufgabe endet für uns nicht am Werkstor, nicht mal an den Landesgrenzen. Seit vielen Jahren haben wir aktiv mitgemacht, bei der Ostermarschbewegung, gegen die Norstrandsgesetze, in der

Demnach werden dem Kollegen Knapp einige Äußerungen vorgeworfen, die er nach dem Stahlstreik in Ulf und Hamburg gemacht haben soll. In diese Städte war er von gewerkschaftlichen

TÜRKER AM SCHEIDENWEG

Faschismus oder Sozialismus



Arbeiteraufstand in Izmir: ein von Armeekugeln Verletzter wird von Kollagen weggetragen

Man stelle sich vor: Strauß gewinnt im Oktober die Bundestagswahlen und wird Bundeskanzler. Seine ersten Maßnahmen: Säuberung des gesamten Staatsapparates, der öffentlichen Verwaltungen, der Lehrerkollegien, Millabnurr, Bahn, Post usw. von SPD-Mitgliedern und -anhängern; Ersetzung der Entlassenen durch seine eigenen Anhänger; CSU-Mitglieder und bewaffnete NPD-Faschisten, welche begannen, die übrige Belegschaft zu terrorisieren. So behandelte Arbeiter einer Fabrik träten in Streik und besetzten ihren Betrieb. Als Antwort verhängte Strauß das Kriegesrecht, wendete die Notstandsgesetze an und schickte 10.000 bis an die Zähne bewaffnete Bundeswehrsoldaten, welche mit Panzer-, Hübschrauber- und MG-Einsatz die besetzte Fabrik stürmten, ein Blutbad anrichteten und 1500 Kollegen unter KZ-ähnlichen Bedingungen ins Münchener Olympiastadion einsperrten ...

Klingt ein bisschen unwahrscheinlich und übertrieben, oder? Klar, selbst wenn er wollte: Strauß könnte solche Maßnahmen in der BRD angesichts einer starken Arbeiterbewegung in den nächsten Jahren nicht durchsetzen, ohne einen Generalstreik zu provozieren. Aber das ist, auf deutsche Verhältnisse übertragen, was sich in der Türkei in den Monaten seit Herbst letzten Jahres in Wirklichkeit abspielte.

Ort des Geschehens: die am Mittelmeer gelegene Stadt Izmir. Beteiligte: mehr als 10.000 Arbeiter der "Tarsi"-Betriebe, die sich in staatlichem und genossenschaftlichen Besitz befinden, Name des "türkischen Strauß", Suleiman Demirel, der den Sozialdemokraten Bülent Ecevit nach den Wahlen Ende vorigen Jahres als Premierminister ablöste. Der Name seiner Partei: "Gerechtigkeitspartei" (AP). Seine faschistischen Hilfspolizei: die berühmtesten Killerkommandos der MHP-Partei, die "Grauen Wölfe".

Rückständigkeit und Krise

Hier endet der "Vergleich". Denn die Türkei läßt sich von ihrer inneren Struktur her nicht mit der hochentwickelten imperialistischen BRD vergleichen. Sie ist ein rückständiges Agrarland, deren arbeitende Bevölkerung von den internationalen Monopolen und den imperialistischen Staaten in Abhängigkeit gehalten und ausgebeutert wird.

Schon vorher nicht ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten, wurde das Land durch die Weltwirtschaftskrise 1974/75 in eine katastrophale Krise gestürzt. Die Auslandsschulden des Staates führten sich in riesige Höhen - bis hin zur Zahlungsunfähigkeit und zum drohenden Staatsbankrott.

Arbeiteraufstand in Izmir: ein von Armeekugeln Verletzter wird von Kollagen weggetragen

wohlgeordnete Wirtschaftsbürokratie besetzt keine Armut und Überwindet keine Rückständigkeit. Zweimal scheiterten die Militärs schon. Als sie die Macht jeweils wieder an Zivilisten abgaben, hatte sich die Lage nur verschlimmert.

Aus der Sicht der Herrschenden ist ihnen noch ein neues Problem entstanden: seit Beginn der 60er Jahre entfaltet sich in der Türkei eine kämpferische Arbeiterbewegung, die sich zunehmend organisiert. In ihrem Fahrwasser sind Bauern- und Jugendbewegungen entstanden, welche die wachsende Radikalisierung der Bevölkerung widerspiegeln. Streiks und 1. Mai-Demonstrationen, Landbesetzungen in Ostanatolien und Studentendemonstrationen wurden mehrmals blutig niedergeschlagen.

Militärs schon zwei Mal gescheitert

Zweimal schon haben die Militärs in den letzten 20 Jahren die Macht übernommen: 1960 und 1971. Doch die Wurzeln der politischen Krisen konnten sie nicht beseitigen. Kapitalistisches Chaos verwandelte sich nicht unter den Füßtritten von Kommunisten und auf das Kommando "Stillgestanden!" in

Wirtschaftsdaten zur Türkei

INFLATION: In den letzten 10 Jahren sind die Preise um 1st galoprierend. In den letzten 10 Jahren sind die Preise insgesamt ca. 800% gestiegen. Der Staat ließ die Notpresse auf Hochtour laufen, um die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Ausblähung des Geldumlaufs (in Milliarden Türkische Lira)		Relativer Preisanstieg (Index)	
Jahr:	1963 1973 1979	1963=100	1971=100
		1973=243	1979=739
Geldumlauf:	4,8 25 175		

Der Lebensstandard der Bevölkerung im Land ist unter dem Diktat des internationalen Kapitals in den letzten 10 Jahren um ca. 50% gesenkt worden. Die jährliche Inflationsrate nähert sich jetzt 100%!

INDUSTRIE:

Nur sehr schwach entwickelt, in wenigen Städten konzentriert. Chronische Arbeitslosigkeit für 6 Millionen (geschätzt, offizielle Statistiken lügen). Die Industriekapazitäten sind zur Zeit nur zu ca. 30% ausgelastet. Im letzten Winter gabs kein Heizöl.

Bruttozialprodukt pro Kopf (in Dollar)	
BRD	ca. 8.500 Dollar (1977)
EG	ca. 6.000 Dollar (1978)
Türkei	ca. 800 Dollar (1975)

Im Vergleich zu Mitteleuropa ist die Türkei ein Entwicklungsland. Folgende Tabellen zeigen einen Vergleich zur BRD und zum EG-Durchschnitt:

Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen in der BRD, in der EG und in der Türkei (in %):		Türkei	
	BRD	EG	
Erwerbspersonen in Land-, Forst- und Fischereiwesen	8,5%	12,3%	64,0%
Warenerzeugende und verarbeitende Industrie	49,0%	43,7%	8,3%
Dienstleistungen, Staat etc.	42,5%	44,1%	27,7%

Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttozialprodukt in der BRD, in der EG und in der Türkei (in %):		Türkei(1971)	
	BRD(1979)	EG(1970)	
Land-, Forstwirtschaft und Fischereiwesen	2,7%	5,3%	26,2%

LANDWIRTSCHAFT: Küberrst rückständig. Produktion sinkend. Masse der verelendeten Landbevölkerung kann kaum ihr Dasein fristen. 2% der Bevölkerung besitzen 70% des bebaubaren Landes. Mehr als 50% der Bevölkerung leben immer noch auf dem Land, obwohl in den letzten Jahrzehnten eine riesige Landflucht stattgefunden hat:

Gesamtbewölkerung		1950		1977	
		21,0 Mio.	42,0 Mio.	18%	45%
Anteil Stadtbewölkerung	18%	82%	53%		
Anteil Landbevölkerung	82%	53%			
Stadtbewölkerung absolut	3,8 Mio.	18,9 Mio.			
Landbevölkerung absolut	17,2 Mio.	23,1 Mio.			

Gleichzeitig wurden in den letzten 20 Jahren mehr als 2 Mio. Menschen auf der Suche nach Arbeit ins Ausland getrieben (hauptsächlich aus ländlichen Gebieten stammend).

AUSSENANDEL UND AUSLANDSKAPITAL:

Haupthandelspartner (und Hauptausbeuter) sind die bundesdeutschen Kapitalisten. Sie haben die USA aus der führenden Position verdrängt. Die Schlüsselposition der türkischen Wirtschaft sind voll und ganz in ausländischer Kontrolle.

Anteil des ausländischen am gesamten Kapital in den größten Firmen verschiedener Wirtschaftszweige (in Millionen Türkische Lira)		Zahl d. Firmen		Gesamt-Kapital absolut		in %	
		Firmen	kapital	absolut			
Verarbeitende Industrie	94	3.521	1.518	45,7%			
Landwirtschaft	1	2	1	51,0%			
Bergbau	4	25	23	92,2%			
Dienstleistungen	19	705	320	45,4%			
Insgesamt	118	4.053	1.862	45,9%			

AUSLANDSSCHULDEN:

Letztes "Sofort"-Hilf der OECD-Staaten betrug 1,45 Mrd. \$ (organisiert von CDU-Klapp). Davon wurde jedoch bisher erst

Gold- und Devisenreserven	
1973	2 Mrd. US-Dollar
1979	0,5 Mrd. US-Dollar

Faschistische Gefahr

Diese Bewegungen sind noch nicht entscheidend besiegt. Sie stellen eine Gefahr für die weitere Herrschaft der türkischen Großgrundbesitzer und der Wucherer- und Händlerkapitalisten sowie des internationalen Finanzkapitals dar. Die herrschenden Klassen in der Türkei brauchen gegen die Arbeiterkämpfe der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen eine Waffe. Deshalb züchten sie die Terrorbanden der "Grauen Wölfe" heran, die unter der straffen militärischen Führung ihres Befehlshabers Türkes stehen.

"Graue Wölfe" fallen nicht vom Himmel. Sie werden systematisch ausgebildet, finanziert, mit Betrieben und Waffen ausgestattet und zu ihren Kommando-Aktionen losgeschickt. In der Türkei sind sie schon seit Anfang der 60er Jahre aktiv, wo sie in 34 Ausbildungslagern in Anatolien für ihre "Aufgaben" vorbereitet werden. Ihre Geldgeber sind reiche Geschäftsleute. Ihre Auftraggeber sitzen in den Schlüsselpositionen der türkischen Industrie und in den Chefetagen des internationalen Finanzkapitals.

Mit Hilfe des CIA und anderer westlicher Geheimdienste gegündet, stellen sie inzwischen eine massive Bedrohung für die türkische Arbeiterbewegung dar. Sie ermorden - wie Hitlers SA - aktive Gewerkschafter, brand-scharen Partei- und Gewerkschaftsbüros, terrorisieren Arbeitervertreter mit linker Wählerschaft und werden als Streikbrecher eingesetzt.

Ihre Partei, die MHP, hat in den letzten Jahren eine gewisse Massenbasis erobert: mehr als 2 Mio. Wählerstimmen beistehen dies. Ihre Wähler, Anhänger und Aktivisten rekrutieren die Faschisten - ähnlich wie die NSDAP - aus den Massen ruhmreicher Kleinbürger, aus dem Elendspotential der Großstadtlums, aus dem verzweifelten, 6 Millionen umfassenden Heer der Erwerbslosen (von denen die meisten noch nie einen Arbeitsplatz gehabt haben) und aus den Reihen der türkischen Jugend, die ohne Zukunftsperspektive darsteht.

Gerechtigkeitspartei und Staat

Ihre Aktivitäten organisieren die "Grauen Wölfe" mit Duldung, offener Hilfestellung und Deckung des Staatsapparates und der neuen Regierung Demirel.

Dessen Partei, die Gerechtigkeitspartei, arbeitet auf allen Ebenen mit der "Grauen Wölfe"-Partei zusammen. Beispielsweise: benutzt sie deren Schlägertrupps als Seelordner bei ihren Veranstellungen.

In der Vergangenheit spielte sich der Staat zwar als "neutraler" Hüter von Recht und Ordnung auf, der gegen "rechten und linken Terror gleichermaßen" vorgeht. In Wirklichkeit wurden aber hauptsächlich Linke, aktive Gewerkschafter und kämpfende Arbeiter als "Terroristen" verfolgt. Die wenigen Faschisten, die je gerichtlich belangt wurden, kamen mit sehr milden Urteilen davon. Urteile gegen sie dienten in Wirklichkeit nur als Feigenblatt (Ähnliche Klassenjustiz kennen wir ja auch zur Genüge aus der Schlussphase der Weimarer Republik.)

Seit dem Regierungswechsel sind die meisten verhafteten MHP-Mitglieder aus den Gefängnissen "gelichtet". Demirel hat viele MHPler in Schlüsselpositionen

Internationaler Finanzkapital

All diese Maßnahmen nicht nur "mit Wissen, sondern weisung "demokratischer" P Westens. Deren Politik dient allein dem internationalen, Dessen Instanzen, der Währungsfond (IWF) Weltbank, haben die Türkei

Handen. Seit Jahrzehnten als durch westliche "Demokratie", steht die Türkei heilur. Jetzt, da das Land an der Ruin. Jetzt, da das Land an der Bankrotts steht, werden ellionale "Hilfs"-Programme: trommelt, um es vor revolutionären zu retten.

Die Herrschenden be gleichzeitig auf weitere Organisations endgültigen. Die "Erste Hilfe für Mann am Bosphorus" besteht der Lieferung 60 bundesdepar-1-Panzer, welche d werden, um rebellierende derzuwalzen.

Zusätzliche Finanzspr nur versprochen, falls fungen erfüllt sind: 50% (das bedeutet einen 100% über Nacht), Streichung aller Subver Staatsbetriebe (das bed Bankrott der Schlüsse das Land bisher mit Kohle, Fleisch, Mehl Lebensmitteln nordirfird auf jeden Fall bedeuturdoppelung der Preise d Lohnstopp für alle abh tätigen (was dies unter ständen bedeutet, klar zu werden), Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in "unter allen Umständen" (Schlagt Streiks i tet: "Schlagt Streiks i Und Demirel führt aus - den letzten Punkt faschistischer Terrorban

Teil II dieses Artikels nächsten Ausgabe. Er folgenden Fragen besch * Gibt es auf kapitalist * einen Ausweg aus de * kann eine Volkstrom Bündnis aller demokr * eine Diktatur ver * Wie kann der Fasset

Von Kurt Pfeifle und I SPD-Mitglieder, Remst

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEMERKSCHAFT

NACH DEM RÜCKTRIT HERBERT KNAPPS:

WIE SOLL DER KAMPF WEITERGEHEN?

Stellungnahme der Redaktion VORAN

Der Austritt Herbert Knapps aus der IG Metall mitten in dem gegen ihn laufenden Untersuchungsverfahren des IGM-Bundesvorstandes hat auch uns überrascht. Nachdem wir alle unsere Leser zur aktiven Solidarität mit Herbert Knapp aufgerufen hatten, und nachdem mehrere geplante öffentliche Veranstaltungen nun wieder abgesagt und Unterschriftensammlungen eingestellt werden mußten, müssen wir uns jetzt fragen, was wir aus diesem Fall lernen können und wie es weitergehen soll.

Herbert Knapp ist nicht der erste und auch nicht der letzte Gewerkschaftskollege, der nach jahrelangen, kräftezehrenden und aufreibenden Auseinandersetzungen gesundheitlich und nervlich am Ende ist und keine Kraft mehr hat, um weiterzukämpfen. Jeder erfahrene Gewerkschafter wird dafür Verständnis aufbringen.

Wir müssen uns aber fragen, ob nicht zuletzt auch die mangelnde Solidarität vieler Kollegen und Genossen mit einem Ausschlag gegeben hat. Denn VORAN-Mitarbeiter mußten mehr als einmal mitleiden, wie unter fadenscheinigen Gründen selbst eine Solidaritätsunterschrift von Leuten verweigert wurde, die sonst unermüdlich am 1. Mai von 'Solidarität' reden und für jedes von Berufsverbot bedrohte DKP-Mitglied auf die Straße gehen. Man hat den Kopf in den Sand gesteckt. Man hat behauptet, daß ohne Solidarisierung dem Kollegen Knapp schaden würde (!). Man hat gesagt, "wir sind nicht in Duisburg, das geht uns nichts an."

Außerdem machten wir die Erfahrung, daß zwar viele IG Metall-Mitglieder spontan ihre Unterschrift gaben und mit ihren Arbeitskollegen über die Sache diskutierten. Aber die meisten Mitglieder haben vom "Fall Knapp" überhaupt nichts erfahren. Es gibt in der IG Metall zwar viele Betriebsräte, Vertrauensleute und einfache Mitglieder, die mit der Linie des Vorstandes in den letzten Streiks, in der Tarifrunde oder mit sehen Maßnahmen gegen unbequeme linke Kri-

tiker nicht einverstanden sind. Doch es fehlt, jedenfalls auf Bundesebene, ein Zusammenhalt der Linken in der IG Metall auf der Grundlage einer klaren Alternative zur Vorstandspolitik.

Die von der Redaktion VORAN in Gang gesetzten Solidaritätsaktionen in verschiedenen Städten der BRD haben neue Kontakte zwischen verschiedenen linken Gewerkschaftern hergestellt. Vielen war sofort klar, daß solche Kontakte auch über den Fall Knapp hinaus notwendig, sinnvoll und nützlich sind.

Unter den gegebenen Umständen haben wir für Herbert Knapps Schritt volles menschliches Verständnis. Trotzdem halten wir diesen Schritt - gerade zum jetzigen Zeitpunkt! - für politisch falsch. Er gibt nämlich zunächst denjenigen Antrieb, die einen so profilierten und angesehenen Gewerkschaftslinken wie Herbert Knapp mundtot machen wollten. Und er sät Resignation, Zweifel und Mißtrauen in die Reihen derer, die sich auf seine Seite gestellt haben.

Aber es besteht kein echter Grund, um jetzt in tiefe Resignation zu verfallen. Es ging ohnehin nie allein um die Person Herbert Knapp - der Angriff auf ihn war vielmehr auf alle kritischen Kräfte in der Gewerkschaft gerichtet. Solange die Linken in der IGM weiterhin isoliert und unkoordiniert bleiben, werden noch viele, ähnlich wie Herbert Knapp, den Kampf vorübergehend aufgeben.

Darin liegt die wahre Ursache seines (und aller kritischen Kräfte) vorläufigen Scheiterns. Es ist nicht der "Verrat", "Ausverkauf", "Kuhhandel eines sozialdemokratischen Opportunisten" oder "mangelndes Rückgrat", wie es von ultralinken Seite mehr oder weniger offen zu hören ist, was Herbert Knapp zu seinem Schritt bewog. Er vertrat zu seinen aktiven Zeiten die Interessen seiner Basis wie kaum ein Zweiter, er war ein mutiger und aufrechter Kritiker,



wie es gegenwärtig fast keinen in einer ähnlichen Position gibt. Doch dies alles reicht nicht aus, um als Einzelkämpfer zu bestehen, der höchstens den Rückhalt einer kleinen Gruppe von Betriebsräten hat. Kein Mensch kann alleine ein so breites Kreuz haben, daß er den Druck von oben durchstehen kann, der auf einen zukommt, wenn er eine Politik von der Art machen will, die Herbert Knapp gemacht hat. Unter diesen Umständen ist es höchstens verwunderlich, wie lange Herbert Knapp überhaupt diese Belastungen ausgehalten hat.

Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, um die Linken in den Gewerkschaften zu einer einheitlichen Front zusammenzuschliessen. Eine Front, die in der Lage sein kann, den Angriff auf einen einzelnen Kritiker geschlossen abzuwehren. Eine Front, die sich als Mindestziel setzt, die Gewerkschaften zu demokratisieren.

Der Kampf gegen die drohende Maßregelung Knapps ist vorbei. Der Kampf um die zukünftige Linie und die Demokratisierung der IG Metall geht aber weiter. Wenn wir jetzt offen und ehrlich über alle guten und schlechten Erfahrungen diskutieren und aus den im "Fall Knapp" deutlich gewordenen Schwächen die Konsequenzen ziehen, dann können wir den zukünftigen Auseinandersetzungen mit mehr Mut, Zuversicht und Selbstvertrauen entgegensehen.

Lest die VORAN-Broschüre:

**"FRISCHER WIND AUS DEN BETRIEBEN
Aussichten für die Gewerkschaftsbewegung
in der BRD"**

Preis: 1,50 DM. Zu bestellen bei der Redaktion.

WIR MÜSSEN FRAGEN: Waren wir offensiv genug? Hat jeder von uns wirklich alles versucht, um auf örtlicher und überregionaler Ebene andere Kollegen anzusprechen? Und waren wir auch wirklich ausser-sichend informiert, um alle Fragen, aber auch die Lügen, Gerüchte und Verleumdungen, die ausgestreut worden und zur Genüge im Umlauf waren, zu beantworten?

Andererseits haben wir aber auch viele positiven Erfahrungen gemacht: Binnem Wochentag konnte in Remscheid eine Solidaritätsveranstaltung der Jusos - trotz aller damit verbundenen Hindernisse und Krüppel, die den Initiatoren zwischen die Beine flogen - fast 30 interessierte Besucher mobilisieren.

In mehreren Großstädten waren öffentliche Veranstaltungen noch vor dem 1. Mai in Vorbereitung. Es war möglich, Kollegen für die Solidarität zu gewinnen.

Nach dem Stahlarbeiterstreik zog der Vertrauenskörper der Mannesmann Hüttenwerke AG von Duisburg-Hucklingen Bilanz. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderte er u. a.:

"1. KONSEQUENZEN FÜR DIE TARIFKOMMISSION:

- Änderung in der Zusammensetzung der Großen Tarifkommission (Schlüssel der Vertretung / Anteil der hauptamtlichen Funktionäre / Art der delegierenden Betriebe)
 - Protokolle über Sitzungen der Großen Tarifkommission
 - Öffentlichkeit für IG Metall-Mitglieder
 - Namentliche Abstimmung
 - Gebundenes Mandat
- 2. SATZUNGSÄNDERUNG:**
- Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmungen
 - Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat"

Diese Forderungen sind gerade jetzt aktueller denn je. Sie könnten den Ausgangspunkt bilden für einen Diskussionsprozeß in allen Gewerkschaften, der zu ihrer Demokratisierung führt.

Die jetzt in Gang gekommene Solidarisierung mit Herbert Knapp muß weitergeführt werden zu einem grundsätzlichen Diskussionsprozeß. Alle linken und aufrechten Kämpfer in der IG Metall brauchen gerade jetzt ein klares und einheitliches gemeinsames Konzept.

In den kommenden Jahren stehen schwere Angriffe des Kapitals auf alle gewerkschaftlichen Rechte und auf alle Errungenschaften der Arbeiterklasse bevor.

Nur eine durch und durch demokratische Gewerkschaft wird in der Lage sein, diese Angriffe abzuwehren und die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. . . .

(ANMERKUNG: Die auf diesem Flugblatt enthaltene Stellungnahme stammt alleine von der Redaktion VORAN und wurde mit niemandem abgesprachen)

VORAN ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven Jungsozialisten, Gewerkschaftlern und Falken gemacht wird. Finanziert wird VORAN alleine durch die Spenden ihrer Leser und Anhänger. Wer VORAN abonnieren will, wende sich an die Redaktionsanschrift. Vi.S.d.P. und verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger, Hammesbergerstr. 75, 5630 Remscheid, Tel.: 02191/81264. Der Abonnementspreis für 6 Ausgaben beträgt 7,- DM und ist im Voraus auf das Konto H.G.Öfinger, 170 20-433, Postscheckamt Essen einzuzahlen. Spendenkonto: Angela Bankert, 2422 50-432, Postscheckamt Essen.